

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Ausschussmitglied Jörg Mückenwarf

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied Gruppe FDP/FW

Stellv. Ausschussvorsitzender Christian Ressel

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Thorsten Moriß

fraktionslos

beratendes Mitglied Mirco Danner

Beschäftigtenvertreter

Beschäftigtenvertreter Detlef Schue
Ersatzmitglied Holger Münstermann

Verwaltung

Dezernent Niksa Marusic
Technischer Betriebsleiter Tim Menke
Kaufmännischer Betriebsleiter Holger Kullik
Abteilungsleiter Kaufmännische Abteilung Iskender Evin
Abteilungsleiter Stadtgrün Stefan Pallaske
Stadtkämmerer Thomas Bruns
Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller
Protokollführerin Christel Bülthuis

Presse

Pressevertreter Hartmut Siefken (Wilhelmshavener Zeitung)

Gast

Ratsvorsitzender Stefan Becker (WBV)

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 05.02.2021
- 3 Beschluss über die Tagesordnung
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Wirtschaftsplan TBW 2021
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Stadtpark - Sachstand Städtebauförderung - aktuelle Maßnahmen
- 5.2 Grunderneuerung Deichbrücke - Sachstand
- 5.3 Bushaltestelle Peterstraße

62/2021

Vor Beginn der Sitzung dankte **Herr Moriße** im Namen des Betriebsausschusses Herrn Münstermann für seine langjährige Tätigkeit als Beschäftigtenvertreter. Herr Münstermann wird zum 01.04.2021 in den Ruhestand verabschiedet.

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Moriße** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 05.02.2021

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 05.02.2021 wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

- 3 Beschluss über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form beschlossen.

Beschluss:

- einstimmig zugestimmt -

4 Vorlagen an den Rat**4.1 Wirtschaftsplan TBW 2021****62/2021**

Herr Kullik trug den Vermögensplan vor.

Frau Bakir wünschte eine Stellungnahme zur Halbierung von Ansätzen im Bereich Straßen, Brücken und Verkehrseinrichtungen.

Herr Kullik erklärte, dass nicht alle Ansätze einfach halbiert, sondern sämtliche Bereiche dahin gehend untersucht wurden, wo das möglich ist, z. B. bei Straßensanierungen. Der Ansatz für Radwegesanierungen wurde nicht reduziert.

Herr Ressel kritisierte die Kürzung bei den Straßensanierungen und die geplanten Ausgaben für Fahrradwege und Umbau von Bushaltestellen.

Herr Becker verwies auf einen in der Vergangenheit gefassten Ratsbeschluss, dass jährlich 2 Mio. Euro für die Sanierung von Straßen zur Verfügung stehen und bat um entsprechende Umsetzung. Zahlreiche Straßen im Stadtgebiet seien sanierungsbedürftig, z.B. die Schiller-/Ecke Bremer Straße, die Anton-Müller-Straße, die Lindenstraße Nord, die Ankerstraße ohne Fußweg, die Edo-Wiemken-Straße im östlichen Teil zur Berliner Straße, der Alinenhofer Weg, die rechten Spuren der Peterstraße, zwischen Mitscherlichstraße und Feuerwehr.

Herr Marusic führte aus, dass der Substanzerhalt der Straßen aufgrund der finanziellen Lage der Stadt nicht zu gewährleisten ist.

Herr Bruns erklärte, dass der Wirtschaftsplan in Abstimmung zwischen der Kämmerei und TBW, unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt aufgestellt wurde und wies auf die defizitäre finanzielle Lage der Stadt hin.

Herr Harms fragte nach dem Grund der Kürzung bei den Grunderneuerungen.

Herr Menke wies darauf hin, dass nicht die teilweise zuschussfinanzierten Projekte gekürzt werden, sondern zunächst die freiwilligen Leistungen, z.B. für den Substanzerhalt der Straßen. Die Kürzungen sind der Gesamtlage geschuldet und auch der Berücksichtigung noch zu realisierender Maßnahmen aus Vorjahren.

Herr Evin stellte den Ergebnisplan vor und ging insbesondere auf die Abweichungen gegenüber der Ursprungsplanung 2020 bzw. 2019 ein.

Herr Schue sprach die in den Plänen nicht aufgeführte Eigenkapitalfinanzierung an.

Herr Kullik führte aus, dass die Eigenkapitalverzinsung bzw. die Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt nicht beim Wirtschaftsplan, sondern beim Jahresabschluss behandelt wird.

Frau Bakir bat um eine Stellungnahme der Verwaltung in Bezug auf Förderungen des Bundes, des Landes bzw. der EU.

Herr Menke führte aus dass es für diverse Projekte bei TBW bereits hohe Förderquoten gibt, z. B. Bundeswehr-Radwegenetz, Botanischer Garten, Tropenhaus, BHKW. Für finanzschwache Kommunen besteht bei einigen Förderprogrammen die Option, eine Aufstockung der Förderung auf bis zu 90 % zu beantragen.

Herr Harms fragte, ob uns die noch fließenden Zuschüsse am Ende zu Gute kommen oder bereits eingeplant sind.

Herr Kullik antwortete, dass alle Förderquoten, die bisher bekannt waren, in die Berechnungen eingeflossen sind.

Herr Müller warnte davor, jetzt mögliche Förderungen zum Anlass zu nehmen, um das Investitionsvolumen zu erhöhen, da die Beschränkung der Investitionshöhe auf einen Maximalumsatz nicht nur finanzielle Gründe hat. Die Kommunalaufsicht hatte mit der Genehmigung des Wirtschaftsplans 2020 bereits eine Überprüfung der geplanten Maßnahmen auf ihre Umsetzbarkeit hin, sowie eine entsprechende Priorisierung für den Plan 2021 gefordert. Dieser Aufforderung ist die Stadt mit einer Beschränkung auf den maximalen Umsatz, gemessen an den letzten drei Jahren, nachgekommen. Eine Erhöhung des Investitionsvolumens würde daher die Genehmigungswahrscheinlichkeit des Wirtschaftsplans einschränken.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Technischen Betriebe Wilhelmshaven, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2021 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **11.531.112 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **9.750.000 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtschaftsjahr 2021 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000 €** festgesetzt.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Stadtpark - Sachstand Städtebauförderung - aktuelle Maßnahmen

Herr Menke gab einen Sachstandsbericht. Aktuell ist das Vergabeverfahren für die Planungsleistungen in Umsetzung. Mit einer Auftragsvergabe ist im Herbst 2021 zu rechnen. In einem nächsten Schritt soll die Entwurfsplanung für alle Maßnahmen erstellt werden, so dass mehr Kenntnisse zum Kostenrahmen vorliegen. Mit ersten Maßnahmen ist ab Mitte 2022 zu rechnen.

5.2 Grunderneuerung Deichbrücke - Sachstand

Herr Menke gab einen Sachstandsbericht.

Frau Bakir fragte, wann die Brücke voraussichtlich fertig sein wird.

Herr Menke führte aus, dass es geplant war, die Brücke am Ende des Jahres 2021 wieder in Betrieb nehmen zu können. Aufgrund der Asbestthematik stehen Verzögerungen im Raum. Weitere Erkenntnisse sind nach dem Entschichten der Drehbrücke zu erwarten. Herr Menke wies darauf hin, dass die damalige Vorzugsvariante der Verwaltung (Teilneubau des Überbaus) aufgrund der denkmalgerechten Sanierungsanforderungen der Denkmalschutzbehörde nicht realisiert werden konnte. Es war bekannt, dass aus einer denkmalgerechten Sanierung der Deichbrücke ein erhöhtes Risiko in der Ausführung resultiert.

5.3 Bushaltestelle Peterstraße

Herr Ressel bezog sich auf eine teilweise Absperrung an der Bushaltestelle und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30, welche bisher noch nicht aufgehoben wurde. Der Verkehr wird hier massiv beeinträchtigt. Falls dafür die Baufirma verantwortlich ist, regte er an, in Ausschreibungen eine Klausel einzufügen, dass solche Zustände vermieden werden müssen.

Herr Menke sagte eine Prüfung der Angelegenheit zu.

Ende des öffentlichen Teils: 11:40 Uhr